

Braucht es das Langzeitgymnasium?

Die AL will das Langzeitgymi im Kanton Zürich abschaffen, weil es ungerecht sei. Bürgerliche im Kantonsrat sind dagegen, Linke gespalten.

Sven Hoti

Der Zürcher Kantonsrat hält am Langzeitgymnasium fest. Er hat sich am Montag mit 130 zu 39 Stimmen bei 4 Enthaltungen gegen eine Motion der Alternativen Liste (AL) ausgesprochen, die das Langzeitgymi abschaffen wollte.

Mit einer Motion forderten die AL-Kantonsrätinnen Judith Stofer aus Dübendorf sowie Nicole Wyss und Lisa Letnansky aus Zürich im September 2024, dass der Regierungsrat das Langzeitgymnasium als Schultyp aus der Mittelschulverordnung streicht. Als Grund verwiesen die Politikerinnen auf wissenschaftliche Erkenntnisse, wonach der Entscheid für die Primarschülerinnen und -schüler aus entwicklungspsychologischer Sicht zu früh komme.

Die meisten Kinder seien noch zu unerfahren, um beim Selektionsverfahren angemessen mitentscheiden zu können, heisst es in der Motion. Zudem sei die Selektion belastend. Auch diskriminiere sie Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten und/oder fremdsprachigen Familien. Dies zeige sich daran, dass Kinder von Akademiker-Eltern häufiger ins Langzeitgymnasium wechselten. Kinder sollten in einer «Gesamtschule» voneinander und miteinander lernen, das stärke die Volksschule, schreibt die AL.

Höhere Kosten für Gemeinden

Gymnasien seien schon seit jeher elitäre Schulen und die Aufnahmeprüfungen nicht kompetenzorientiert, sagte Kantonsrätin Anna Judith Stofer (AL, Dübendorf) am Montag im Rat. «Deren Abschaffung wäre ein erster Schritt zu einer chancengerechten Gesamtschule.» Stattdessen regte Stofer an, an der Sekundarschule verschiedene Lernangebote aufzubauen, von denen die Kinder selbstständig je nach Niveau eines auswählen könnten. Für Stofer ist klar: «Der Kanton kann nur gewinnen.»

Der Rat nahm das Anliegen jedoch wenig begeistert auf. Die Bürgerlichen kritisierten die «ideologisch motivierte Gleichmacherei». «Indem Starke geschwächt werden, sollen Schwache gestärkt werden», kritisierte Marc Bourgeois (FDP, Zürich). Dabei sei Selektion nichts Schlechtes. Kinder entwickelten sich unterschiedlich. Die Durchlässigkeit sei die Stärke des hiesigen Schulsystems.

«Die Stärkung der Volksschule darf nicht zulasten der Bildungsqualität gehen», sagte Rochus Burtscher (SVP, Dietikon). Das Niveau an der Volksschule habe bereits abgenommen. «Eine Abschaffung würde das Problem weiter verschärfen.» Der Fokus sollte stattdessen darauf liegen, die Volksschule zu verbessern.

Ein breites Bildungsangebot, in dem alle Schülerinnen und Schüler gefördert würden, sei wichtig, sagte Kathrin Wydler (Mitte, Wallisellen). «Eine Abschaffung des Langzeitgymna-

siums würde die Vielfalt einschränken.» Zudem sei es blauäugig, zu glauben, dass der Selektionsdruck im weiteren Schulverlauf abnehmen würde. Wydler warnte ausserdem davor, dass Gemeinden wegen des zusätzlich benötigten Schulraums noch stärker belastet werden könnten.

Statt leistungsstarken Kindern die Chancen zu nehmen, solle man die Ursachen der Un-

gleichheit angehen, fand Nadia Koch (GLP, Rümlang) und mahnte: «Wir riskieren, das Potenzial vieler begabter Kinder zu bremsen.» Auch wenn er der Kritik der Motion grundsätzlich Recht gebe, sei die Vorlage «ein radikales Hochrisiko-Experiment», sagte Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon). Das Langzeitgymi sei etabliert, die Abschaffung würde eher dazu führen, dass Eltern ihre Kinder

vermehrt auf private Schulen schickten.

SP und Grüne waren gespalten. Patricia Bernet (SP, Uster) bezeichnete das Langzeitgymi als «System der Privilegierten», das die soziale Ungleichheit verstärke. Als Beispiel für den Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds nannte sie die Übertrittsquoten ins Langzeitgymi von Küsnacht von rund 30 Prozent und Schlieren von 5,7 Prozent. Heterogenität sei auch eine Chance. So zeige die Wissenschaft, dass schulisch Schwächere von Stärkeren profitieren könnten, ohne dass die Stärkeren beeinträchtigt würden.

Der Leistungsdruck auf die Kinder sei weltweit und generell gestiegen, sagte Kathrin Fehr Thoma (Grüne, Uster). «Alleine die frühe Selektion dafür verantwortlich zu machen, greift zu kurz.» Es seien zwar oft die Eltern, welche den Entscheid für ihr Kind fällten, sagte Rafael Mörgeli (SP, Stäfa). Eine spätere Selektion erhöhe den Kindes-



Auch der sozioökonomische Hintergrund beeinflusst, wer es ins Gymi schafft.

Symbolbild: Melanie Duchene/Keystone

Bezirk Dietikon: Jedes zehnte Kind schafft es

Über 4500 Schülerinnen und Schüler im Kanton Zürich haben dieses Jahr die Zentrale Aufnahmeprüfung zum Übertritt ans Langzeitgymnasium absolviert, rund 2400 haben bestanden. Gemessen an allen Primarschülerinnen und -schülern im Kanton entspricht das 15 Prozent. Im Schnitt wird also per neuem Schuljahr etwas mehr als ein

Sechstel der Primarschulkinder ans Langzeitgymi wechseln.

Doch die Unterschiede zwischen den Bezirken sind beträchtlich: Während in Meilen fast jedes vierte Primarschulkind das Langzeitgymi besucht, ist es in Dietikon rund jedes zehnte. Anteilsmässig am meisten Übertritte zählen die Bezirke rund um den Zürichsee. (sho)

Sugus-Kündigungen als missbräuchlich eingestuft

In 105 Wohnungen der Sugus-Häuser in Zürich dürfen die Mieterinnen und Mieter bleiben. Zumindest vorerst.

Die Schlichtungsbehörde hat die Kündigungen für 105 Wohnungen in den Sugus-Häusern in der Stadt Zürich in Vergleichsverhandlungen als missbräuchlich eingestuft. Die betroffenen Mieterinnen und Mieter müssen damit – zumindest vorerst – nicht ausziehen. Die Schlichtungsbehörde hat am Montag die ersten Anfechtungen gegen die Wohnungskündigungen in den Sugus-Häusern verhandelt, wie der Mieterinnen- und Mieterverband Zürich (MV Zürich) am Montagnachmittag mitteilte. Die Schlichtungsbehörde habe dabei festgehalten, dass sie die Kündigungen als missbräuchlich erachte. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Die Vermieterin hat laut Mitteilung nun 20 Tage Zeit, den Entscheidvorschlag der Schlichtungsbehörde anzunehmen oder abzulehnen. Lehnt sie ab, kann sie innert 30 Tagen Klage beim Mietgericht einreichen.

Eigentümerin plant angeblich Totalsanierung

Die Mieterinnen und Mieter von 105 Wohnungen in drei der insgesamt neun Sugus-Häusern haben im Dezember vergangenen Jahres die Kündigung erhalten. Die Eigentümerin plane eine Totalsanierung. Die Kündigungen erfolgten zuerst auf Ende März, wurden aber später bis Ende September aufgeschoben. Die bunten Häuser, die direkt an der

In 105 Wohnungen der Sugus-Häuser dürfen die Mieterinnen und Mieter vorerst bleiben.
Bild: Andrea Zahler



Bahnlinie zwischen Hardbrücke und Hauptbahnhof Zürich stehen, sind durch die Massenkün-

digung zu einem Symbol der Wohnungsnot geworden. Die Betroffenen wehrten sich unter

anderem mit einer Kundgebung gegen das Vorgehen der Eigentümerin. (sda)

Kantonsrat Jürg Sulser tritt zurück

Politik Der SVP-Kantonsrat Jürg Sulser hat seinen vorzeitigen Rücktritt auf Ende August angekündigt. Der 64-jährige Unternehmer aus Otelfingen war von Mai 2024 bis April 2025 Kantonsratspräsident.

Der Rücktritt von Sulser wurde zum Schluss der Sitzung des Kantonsrats am Montag bekannt gegeben. Sulser wurde 2011 in den Kantonsrat gewählt und war bis 2022 Mitglied der Finanzkommission.

Wer für Sulser in den Kantonsrat nachrutschen wird, ist noch nicht bekannt. Erster Ersatzkandidat auf der SVP-Liste im Bezirk Dielsdorf bei den Wahlen 2023 ist Christian Lucek. Der frühere Kantonsrat verpasste damals die Wiederwahl knapp. (sda)